

## Antworten auf die Wahlprüfsteine vom Bisexuellen Netzwerk (BiNe) anlässlich der Europawahl 2019



### Frage 1:

**Mangelnde Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (8).**

**Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?**

Wir unterstützen ausdrücklich das Anliegen, Bi-Sichtbarkeit zu stärken. Die Situation von bisexuellen Menschen ist ein fester Bestandteil der Queerpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. So haben wir ganz aktuell am 17. Mai 2019 neben Homophobie und Transfeindlichkeit auch Biphobie thematisiert und ausdrücklich auf den IDAHOBIT (Internationaler Tag gegen Homophobie, Biphobie und Transfeindlichkeit) Bezug genommen haben.

Die Situation bisexueller Menschen ist zudem fester Bestandteil unserer politischen Agenda sowohl im Europaparlament als auch im Bundestag. Dies thematisieren wir bei unseren parlamentarischen Initiativen wie beispielsweise jüngst im Bundestag in der Großen Anfrage „Internationale Lage der Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTTI) oder beim Antrag zum Aktionsplan „Vielfalt leben“.

### Frage 2:

**Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere**

([http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719\\_Umfrageergebnisse\\_Out\\_im\\_Office.html](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html)), dabei trägt ein Coming-out deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

**In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker\_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus ([https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten\\_Sinema](https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema), [https://en.wikipedia.org/wiki/Kate\\_Brown](https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown), [https://en.wikipedia.org/wiki/Krista\\_van\\_Velzen](https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen), [https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy\\_Ahlers](https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers)).**  
**Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker\_innen, Lehrer\_innen)?**

In der Tat gibt es bislang wenige bisexuelle Prominente oder Vorbilder wie Lehrer\*innen. Wir unterstützen das Anliegen, dass Bisexuelle im öffentlichen Raum präsenter werden, als es heute der Fall ist. Da Coming-out eine sehr persönliche Entscheidung ist und viel mit selbstbestimmten Leben zu tun hat, wollen wir vor allem die Jugendlichen dabei unterstützen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass grundsätzlich allen Jugendlichen, die ein Coming-out als schwule, lesbische, bisexuelle, trans- oder intergeschlechtliche Person durchlaufen, kompetente spezialisierte Beratungsangebote (persönlich oder zumindest online) zur Verfügung stellen. Dabei ist zum einen die Verfügbarkeit dieser Angebote auch im ländlichen Raum zu berücksichtigen. Außerdem muss dabei die Barrierefreiheit dieser Angebote und somit die Erreichbarkeit von Jugendlichen mit Behinderung gewährleistet werden. Und schließlich müssen diese Angebote auch in den neben Deutsch meist gesprochenen Herkunftssprachen und unter Einbeziehung der individuellen diverskulturellen Erfahrungen verfügbar sein.

Damit auch Erwachsene ihre sexuelle Orientierung offen und ohne Angst leben dürfen, muss Vielfalt in der Arbeitswelt unter Einschluss unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten und Lebensweisen stärker gefördert werden. Das bezieht sich auch auf das Bildungswesen, wo Lehrer\*innen und Pädagog\*innen für Kinder und Jugendliche eine besondere Bedeutung haben. Daher muss sowohl die Bundesregierung als auch Landesregierungen dafür Sorge tragen, dass die

Schulen, Universitäten aber auch ihre Verwaltungen bei der Umsetzung von Diversity-Strategien ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

**Frage 3:**

**Auch Teenager, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).**

**Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).**

**Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen?**

Als GRÜNE setzen wir uns dafür ein, die Sichtbarkeit und die gesellschaftliche Situation von Bisexualität zu stärken. Wir sind überzeugt, dass das eine Querschnittsaufgabe ist, die sowohl die queere Community, als auch die Gesamtgesellschaft beschäftigen muss. Die Darstellung der spezifischen Lebensrealitäten von bisexuellen Menschen muss kontinuierlich umgesetzt werden.

Ein bisexuelles Coming Out hat gegenüber eines homosexuellen Coming Outs spezifische Herausforderungen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass für bisexuelle junge Menschen Angebote geschaffen werden, in deren Rahmen sie in ihrer persönlichen Entwicklung gezielt unterstützt und gestärkt werden.

Im Europäischen Parlament unterstützen wir die wichtige Arbeit von IGLYO und dem „LGBTQI Inclusive Education Index & Report“. Als GRÜNE haben wir die Ergebnisse des Reports im Europäischen Parlament vorgestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass es in allen Mitgliedstaaten inklusive Bildungspläne und inklusiven Sexualunterricht gibt. Für Lehrer\*innen soll in allen Mitgliedstaaten Fortbildungen zum Thema LSBTI\*Q Bewusstsein angeboten werden. Zudem fordern wir nationale Aktionspläne, zur Aufklärung und Sichtbarkeit insbesondere von LSBTI\*Q Jugendlichen.

**Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?**

Als GRÜNE setzen wir uns dafür ein, dass die Mittel für zukunftsorientierte Fördermittel verdoppelt werden - so zum Beispiel für Jugendprogramme, Forschung und Entwicklung oder Kultur und Bildung. Im Rahmen der Verhandlungen für die Jugendstrategie haben wir uns dafür eingesetzt, dass Gelder für Jugendarbeit und Jugendzentren für die Inklusion sowie zur Förderung von Abbau von Vorurteilen und Informationen und Aufklärung junger Menschen über ihre Rechte eingesetzt werden.

**Frage 4:**

**In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein Initiative zu bisexueller Sichtbarkeit: [http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/2017\\_neu/170922\\_VIII\\_Bisexuelle.html](http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/2017_neu/170922_VIII_Bisexuelle.html), <http://haki-sh.de/de/nachrichten-lesen/echte-bisexuelle-vielfalt-im-norden.html>.**

**Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Europa vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?**

Als GRÜNE fordern wir bereits seit 2014 den Fahrplan für Gleichheit und Nichtdiskriminierung von LSBTI\*Q-Menschen. Ein solcher Fahrplan beinhaltet unter anderem Kampagnen zur Sichtbarkeit von LSBTI\*Q-Personen. Wir fordern, dass die EU-Kommission ein folge Dokument der „List of Action“ vorlegt, dass 2019 ausläuft. Im Rahmen der gegenwärtigen „List of Action“ hat die Kommission eine europaweite Kampagne gestartet, um Sichtbarkeit von LSBTI\*Q-Personen zu erhöhen (Beispiel: <https://audiovisual.ec.europa.eu/en/video/I-146288>).

Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass europäische Fördermittel für LSBTI\*Q-Projekte eingesetzt werden. Dabei ist es wichtig, dass der Verwaltungsaufwand bei der Beantragung und beim Berichtswesen von Projekten für die Projektpartner\*innen stemmbar ist – gleichzeitig darf der Bürokratieabbau aber nicht zu Lasten des Partnerschaftsprinzips gehen. Die Beteiligung von

regionalen und lokalen Behörden, Wirtschafts- und Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft muss in allen Phasen der Partnerschaftsabkommen sowie in der Vorbereitung und Umsetzung von Programmen sichergestellt und gestärkt werden.

**Frage 5:**

**Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.**

[https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen\\_aid\\_492784.html](https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html)

**Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten? Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung?**

**Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?**

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung sowie kriminologische und sexualwissenschaftliche Grundlagenforschung zur Vielfalt sexueller Orientierungen sowie den Ursachen und zu Handlungsstrategien gegen LSBTI-Feindlichkeit in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen sowie der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz verstärkt gefördert und ausgebaut werden soll. Die Förderung interdisziplinärer Forschungsvorhaben in Bezug auf die Situation bisexueller Menschen, die in der Tat noch wenig erforscht ist, ist dafür unerlässlich.

Für einen bundesweiten Aktionsplan „Vielfalt leben“ fordert unsere Bundestagsfraktion 35 Mio. Euro jährlich. Ein Teil davon soll die Forschung zur Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten unterstützen. Die Maßnahmen des Aktionsplanes stützen sich ebenso wie andere Vorstöße im Europaparlament und im Bundestag in der LSBTI\*-Politik auf die vorhandenen wissenschaftlichen Studien in diesen Themenfeldern. Damit tragen wir auch zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Öffentlichkeit bei, ebenso wie durch öffentliche Veranstaltungen und Anhörungen, in denen hierzu forschende Wissenschaftler\*innen ihre Ergebnisse vortragen.

**Frage 6:**

**Auch in der Politik äußern sich Politiker\_innen LSBTI\*-feindlich**

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,

<https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

**Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker\_innen deutlichere Konsequenzen haben?**

Als GRÜNE haben wir uns im Europäischen Parlament dafür eingesetzt, dass LSBTI\*Q-feindliche Äußerungen im Plenum entsprechend geahndet werden. Deshalb haben wir uns bei der Reform des „Code of Conducts“ dafür ausgesprochen, dass Mitglieder des Europäischen Parlaments von „beleidigenden Äußerungen“ (z.B. verleumderische Äußerungen, Hetze und Aufstachelung zur Diskriminierung) absehen müssen. Bei Verstößen ist es möglich, Tagegelder zu streichen oder auch das Recht einzuschränken, öffentlich als Representat\*in des Europäischen Parlaments aufzutreten.

**Frage 7:**

**Gewalt ist immer zu verachten, aber Hasskriminalität ist ein besonders zu verachtende Straftat.**

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

**Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?**

Wir fordern, dass in Anlehnung an den Rahmenbeschluss der EU über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eine Rechtsvorschrift auf europäischer Ebene erlassen wird zu Hassreden und Hassverbrechen mit Bezug auf LSBTI\*Q- Personen. Wir stehen an der Seite von LSBTI\*Q-Personen und stellen uns den Angriffen gegen ihre Gleichberechtigung entgegen. Wir treten für ein Europa ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

Als GRÜNE fordern wir zudem eine bessere Umsetzung und vor allem Kontrolle der Richtlinie 2012/29/EU der Rechte von Opfer, in der der Schutz vor Gewalt aufgrund von sexueller Orientierung sowie Geschlechteridentität und -ausdruck festgeschrieben ist.

**Frage 8:**

**Beim Blutspenden werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als einziges Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.**

[https://www.queer.de/detail.php?article\\_id=31824](https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824)

**Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegeln für Männer, die mit Männern Sex haben? Kann es hier eine europaweite Regelung geben?**

Nicht die sexuelle Identität oder Orientierung, sondern das individuelle Risikoverhalten muss entscheidend für eine Zulassung zur Blutspende sein. Oberste Priorität muss die Sicherheit der Empfänger\*innen von Blutspenden haben. Das wird erreicht, indem tatsächliche Risiken nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen rational abgewogen werden anstatt ganze Gruppen pauschal auszuschließen. Daher setzen wir uns dafür ein, das diskriminierende pauschale Blutspendeverbot abzuschaffen.

**Frage 9:**

**Die sogenannten „Homoheiler“ sind eine höchst gefährlich unwissenschaftliche Gruppe, die Erwachsene, aber vor allem auch Jugendliche weitreichenden psychischen Schade zufügen. Leider sind die Reparativtherapien in Deutschland immer noch nicht verboten, auch wenn zurzeit darüber ernsthaft nachgedacht wird und der Weltärztebund bereits 2013 ein Verbot befürwortete.**

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/konversionstherapien-bundesregierung-will-homo-heiler-nicht-verbieten/19476438.html>,

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-02/konversionstherapie-verbot-jens-spahn-homosexualitaet>

**Was tun Sie dafür, um besonders Jugendliche vor diesen „Therapien“ zu beschützen? Kann es da nicht ein Europa-weites Verbot geben? Und wie kann es in Zukunft schneller zu sinnvollen Entscheidungen kommen?**

Wir wollen die Pathologisierung von LGBTIQ\* in ganz Europa beenden. Deshalb sprechen wir uns für ein Verbot von „Konversionstherapien“ aus und setzen uns dafür ein, dass Trans\*-Menschen nicht mehr als psychisch krank klassifiziert werden. Im Europäischen Parlament haben wir eine Mehrheit, die die Mitgliedsstaaten auffordert „Konversionstherapien“ zu verbieten. Ein europaweites Verbot ist wünschenswert. Eine Richtlinie, die Diskriminierung auf Grund von sexueller Orientierung im Gesundheitsbereich verbietet, wird seit 2008 im Europäischen Rat durch die Mitgliedsstaaten blockiert.

Auf der Bundesebene hat unsere grüne Bundestagsfraktion sehr konkrete Vorschläge vorgelegt: einen Gesetzentwurf zum Verbot solcher gefährlichen und schädlichen Pseudotherapien bei Minderjährigen und einen ausführlichen Antrag mit zahlreichen Maßnahmen zur Aufklärung und zur Unterstützung Betroffener.

Zu den Maßnahmen gehören unter anderem Kampagnen, die die Akzeptanz der Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten ausbauen und über die Gefahr von Behandlungen aufklären. Darüber hinaus sollen die Richtlinien des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung überprüft werden, damit die „Konversionstherapien“ nicht unter anderen Leistungen abgerechnet werden können. Und schließlich muss klar sein, dass das Anbieten solcher Pseudotherapien, die die grundrechtlich geschützte Menschenwürde der Betroffenen verletzt, der Gemeinnützigkeit der jeweiligen Vereinigungen entgegensteht.

**Frage 10:**

**Nicht nur Homosexuelle, sondern auch Bisexuelle und allgemein Menschen, die gleichgeschlechtliche Neigung haben (insbesondere wenn sie sie ausleben), müssen in**

manchen Staaten Angst vor gesellschaftlicher Ächtung, Haftstrafe und sogar Todesstrafe haben. Dennoch werden Asylanträge von LSBTI\* in Deutschland abgelehnt und wendet z. B. Österreich trotz Urteil des EU-Gerichts menschenunwürdige Begründungen bzw. Tests an. <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Bisexuellem-Tunesier-droht-Abschiebung-aus-Leipzig-Todesdrohung-in-der-Heimat>, [spiegel.de/politik/ausland/oesterreich-behoerde-stellt-homosexualitaet-eines-schwulen-afghanen-in-frage-a-1223199.html](https://www.spiegel.de/politik/ausland/oesterreich-behoerde-stellt-homosexualitaet-eines-schwulen-afghanen-in-frage-a-1223199.html), <https://www.dw.com/de/eu-gericht-keine-schwulen-tests-im-asylverfahren/a-42302509>).  
**Wie schützen Sie LSBTI\*, die Asyl in Europa beantragen?**

Das europäische Asylrecht wird derzeit überarbeitet. Als GRÜNE setzen wir uns konsequent dafür ein, dass die Verfolgung aufgrund von Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung europaweit als Fluchtgrund anerkannt wird. So genannte Schwulen-Tests lehnen wir entschieden ab, sie sind entwürdigend.

Darüber hinaus ist das Konzept der „sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten“ aus unserer Sicht das falsche Instrument. Wir haben immer wieder deutlich gemacht, dass die Menschenrechtslage in Ländern wie Algerien, Marokko oder Tunesien nicht „sicher“ ist. LSBTI\*-Personen, aber auch Journalist\*innen oder regionale Minderheiten sind staatlicher Verfolgung ausgesetzt. Die Einstufung als „sicherer Herkunftsstaat“ beschränkt die Rechte von Schutzsuchenden im Asylverfahren, macht die Verfahren aber nicht schneller und ist reine Symbolpolitik. Deshalb halten wir das Prinzip für falsch.

Wir fordern besondere Verfahrensgarantie für Opfer von sexueller oder geschlechterbasierter Gewalt sowie für Opfer von Folter, Vergewaltigung oder von psychischer oder physischer Gewalt. Sie müssen durch geschultes Personal so früh wie möglich identifiziert werden und wenn nötig eine entsprechende medizinische Behandlung bekommen. Ihre Asylanträge dürfen nur in normalen Asylverfahren, nicht in Schnellverfahren oder Verfahren an der Grenze, bearbeitet werden. Wie alle Asylsuchenden sollen sie künftig einen kostenlosen Rechtsbeistand von Anfang an bekommen.

#### **Frage 11:**

**Menschenrechte werden natürlich auch in Deutschland nicht von allen respektiert, aber besonders hart haben es bisexuelle und homosexuelle Menschen in manchen EU-Staaten (z. B. Polen) und in Nicht-EU-Staaten (z. B. Russland, Brunei).**

<https://www.dw.com/de/massive-diskriminierung-von-homosexuellen-in-polen/av-40344985>,

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/russland-europaeischer-gerichtshof-fuer-menschenrechte-verurteilt-diskriminierung-homosexueller-a-1153133.html>,

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-03/todesstrafe-brunei-asien-homosexualitaet-steinigung>

**Warum werden EU-Länder für menschenrechtsfeindliche Politik nicht stark sanktioniert?  
Planen Sie eine Änderung der laschen Sanktionen?**

Als GRÜNE fordern wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert\*innen, das alle Mitgliedsländer regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft. Wir schlagen dafür eine „Kopenhagen-Kommission“ vor.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass es neben dem Stimmentzug im Rat weitere Sanktionsmöglichkeiten bei Grundrechtsverletzungen geben sollte. Wir fordern, dass EU-Mittel zielgerichtet eingefroren werden können und direkt von der Kommission an die Kommunen und andere Fördermittelempfänger\*innen ausgegeben werden.

Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle EU-Bürger\*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte bekommen, um ihre Grundrechte und die Demokratie in allen Mitgliedsländern besser verteidigen zu können. Wir wollen eine Reform der Grundrechtecharta, so dass ihr Anwendungsbereich so ausgeweitet wird, dass alle Bürger\*innen der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national vorgesehenen Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen können.

**Wie fordern Sie Menschenrechte für LSBTI\* in anderen Ländern ein?**

Wir wollen, dass die EU in ihrer Außen-, Handels- und Menschenrechtspolitik als Garantin der Grundrechte und Grundfreiheiten auftritt. Die EU-Förderung von gemeinsamen Projekten in Grenzregionen muss die Themen Vielfalt und Antidiskriminierung einschließen. Auch gegenüber ihren Dialogpartner\*innen in aller Welt muss die Europäischen Union immer betonen: Die Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität ist eine schwere Verletzung der universellen Menschenrechte.

### **Und wie können Urteile des Menschenrechtsgerichtshof gestärkt werden?**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) erlässt Entscheidungen gegen den jeweiligen Staat, die rechtlich bindend und vollstreckbar sind. Sie enthalten in der Regel die Feststellung, ob der Staat durch seine Handlungen Rechte der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt hat und die Verpflichtung, den Betroffenen Schadenersatz zu leisten. Berücksichtigen die Gerichte und Behörden anderer Staaten die Rechtsprechung des EGMR nicht und weichen dabei von der Rechtsauffassung des EGMR ab, dann macht es eine Verurteilung in ähnlich gelagerten Sachverhalten wahrscheinlich.

Gegenüber Staaten, die Urteile des EGMR ignorieren, muss durch internationalen Druck auch seitens Deutschlands auf die Einhaltung der Menschenrechtskonvention und die Beachtung der Rechtsprechung des EGMR gepocht werden, sowohl im Europarat als auch auf bilateraler Ebene zwischen den Staaten.

#### **Frage 12:**

**Seit 2017 können auch gleichgeschlechtliche Paare endlich die Ehe eingehen, dieses Recht nehmen natürlich auch manche Bisexuelle wahr. In manchen EU-Ländern werden gleichgeschlechtliche Partnerschaften aber noch nicht einmal anerkannt.**[https://de.wikipedia.org/wiki/Rechtliche\\_Situation\\_f%C3%BCr\\_gleichgeschlechtliche\\_Paare](https://de.wikipedia.org/wiki/Rechtliche_Situation_f%C3%BCr_gleichgeschlechtliche_Paare)

**Inwiefern setzen Sie sich ein für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaft in EU- und Nicht-EU-Ländern?**

**Inwiefern setzen Sie sich dafür ein, dass andere Länder gleichgeschlechtliche Ehen einführen?**

Wir fordern eine europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und gleichgeschlechtlicher Ehen und Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte als ersten Schritt auf dem Weg zur Öffnung der Ehe in ganz Europa. Der Europäische Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem Mitgliedsland anerkanntes eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden muss. Jetzt gilt es, diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen.

#### **Frage 13:**

**Es gibt immer mehr Bestrebungen, die Pressefreiheit einzuschränken (in EU-Ländern wie Polen, Ungarn, Österreich, aber von einer Partei auch in Deutschland).**

**<https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/tag-der-pressefreiheit-offene-gesellschaft-in-gefahr-a-1265700.html>**

**Warum sanktioniert die EU diese Einschränkung eines Menschenrechts nicht? Was tun Sie dafür, damit dies in Zukunft passiert?**

Europa muss ein Garant für die Pressefreiheit und unabhängigen Journalismus sein. Es ist alarmierend, dass in einigen EU-Ländern die Medien zu einem Propagandaapparat der Regierung umgebaut werden. Wir GRÜNE fordern Transparenz über die Besitzverhältnisse der Medien und klare Regeln gegen politische Einflussnahme. Die EU-Kommission muss Medienpluralismus regelmäßig überwachen und einschreiten, wenn Regierungen staatliche Finanzhilfen missbrauchen, um einseitig regierungstreue Medien zu fördern, und wenn Medienmonopole die Medienvielfalt einschränken. Wir GRÜNE haben außerdem durchgesetzt, dass die EU unabhängigen, investigativen Journalismus in Europa fördert.

**Frage 14:**  
**Was möchten Sie noch hinzufügen?**

---